

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.35 Mk. Anzeigen unter 20 Zeilen 1.30 Mk., auswärts 1.60 Mk. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 Mk., Stellenangebots-, Verleumdungs- und Wohnungsanzeigen 0.45 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das letzte Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Ronto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, und durch alle Postträger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 19.50 Mk. (einschließlich Belegschicht), durch die Post bezogen vierteljährlich 20 Mk.

Genfer Rechtslage und deutsche Politik.

Ein positives Programm.

Wie Reuters Büro erfährt, hat der Botschafterrat noch keine Mitteilung an Deutschland und Polen bezüglich der neuen schlesischen Grenze ergangen. In der Mitteilung heißt es weiter, daß jetzt gar keine Rede davon sei, die Entente-Truppen zurückzuführen, ohne nicht eine Kommission an Ort und Stelle die neue Grenzlinie festgelegt hat. Dies kann vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Es wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen im Interesse beider Parteien getroffen sind und daß es unter den obwaltenden Umständen für unangelegentlich gehalten wird, daß die unmittelbar Beteiligten nicht die Bedingungen annehmen und ihr Bestes tun, um sie zu erfüllen. Vom politischen Standpunkt aus gilt die ganze Angelegenheit für beendet, obwohl noch kleine Einzelheiten festzulegen sind.

Die Verhandlungen der Botschafterkonferenz, über die wir gestern berichteten, haben fast danach aus, als bliebe uns trotz dem Versprechen der Regierungen aller Großmächte, den Genfer Spruch anzuerkennen, doch noch eine Hoffnung übrig. Der sachlich so vage Gedanke, die politische Grenzführung durch wirtschaftliche Sonderbestimmungen nur für die Uebergangszeit von 15 Jahren — zu ergänzen, macht den Rechtscharakter des ganzen Spruches zweifelhaft und das englische Mitglied des Botschafterrates schien diesen Zweifel gegen die Gültigkeit des ganzen Spruches ausnützen zu wollen. Nach dem Friedensvertrag erhalten Deutschland und Polen von den Alliierten nur ihre ober-schlesische Grenze festgesetzt, nicht aber die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen. Daß der zweite Teil des Genfer Spruches mit den wirtschaftlichen Ueber-gangsbestimmungen für 15 Jahre für Deutschland und Polen nicht rechtsverbindlich sein kann, mußten daher sowohl Franzosen wie Engländer in halbamtlichen Aufzeichnungen und in der Botschafterkonferenz feststellen. Die Franzosen zogen daraus den Schluß, nur die Genfer Grenzführung gelte auf jeden Fall, die wirtschaftlichen Bestimmungen könnten dagegen nur dann in Kraft treten, wenn die beiden beteiligten Staaten zustimmen. Die Engländer wiesen dagegen darauf hin, daß man in Genf ja nur durch die Verbindung beider Teile der Entscheidung eine sachliche „Lösung“ der Frage gefunden zu haben glaubte, daß also der Spruch ein unteilbares Ganzes sei. Sie warfen die Frage auf, was zu tun sei, wenn Polen oder Deutschland nun nicht zustimmt. Die Frage ist noch offen und man hat sich zunächst je einen englischen und einen französischen Spezialjuristen zu ihrer Bearbeitung verschrieben.

Die vorstehende Reutermeldung aber, — Reuter ist bekanntlich das Sprachrohr der englischen Regierung, wie Savas das der französischen, — läßt erkennen, daß wir große Hoffnungen an diesen Rechtsstreit kaum knüpfen dürfen. Wenn wir um unsere Zustimmung tatsächlich gefragt werden müssen, so werden wir sie allerdings auf jeden Fall zu verweigern haben, auch wenn man uns unter starkem Druck setzt. Dieser könnte in diesem Falle, da unser Rechtsboden sicher wäre, nicht allzu fühlbar werden. Es brauchte uns nicht irre zu machen, wenn die erste Rückwirkung auf die öffentliche Meinung des Auslandes uns keine Hoffnung gäbe, die Grenzführung bei einer neuen Entscheidung zu verbessern. Es könnte uns auch nicht sehr schaden, wenn die Polen ihre zunächst von allen ihren Richtungen laut geäußerte Unzufriedenheit bemeistern, und sich durch Annahme der Entscheidung im Gegensatz zu uns beliebt zu machen suchen würden. Das würde doch nur deutlich zeigen, daß die Genfer Lösung Deutschland eben ungerechter behandelt als Polen. Was freilich nach einer rechtlichen Aniechtung des Genfer Spruches durch Deutschland würde, bleibt, wie gesagt, nach der englischen Haltung dunkel. Aber Hoffnungen hin, Hoffnungen her: Schlimmer kann die ober-schlesische Entscheidung heute wirklich kaum noch ausfallen und unser Rechtsboden wäre fest genug, um auch einen ungewöhnlichen Schritt darauf zu wagen.

Der Gedanke, daß die ganze ober-schlesische Frage noch einmal auf einen ganz neuen Weg geschoben werden muß,

französische Sozialist Longuet, der englische Oberhaus-Pazifist Lord Parmoor, der Unterhaus-Oppositionelle Kenworthy und andere mehr. Sie weisen auf die verhängnisvollen Wirkungen der Genfer Entscheidung für Deutschland, damit für die Wiedergutmachung und für ganz Europa hin und verlangen eine neue Abstimmung über die vier Fragen: Ober-schlesien ungeteilt deutsch?, ungeteilt polnisch?, geteilt nach dem Genfer Beschluß? ungeteilt neutral unter Völkerbunds-hoheit? Die erwartete Antwort ist natürlich eine starke Mehrheit für die zuletzt genannte Entscheidung, der aber das jetzige un-sachliche Verhalten des Völkerbundes einigen Widertrag tun würde.

Doch für alle diese Gedanken fehlt die Voraussetzung noch, daß eine Nichtanerkennung des Genfer Spruches möglich wäre und der französische Jurist, Herr Fromageot, dürfte gegenwärtig schon das Seinige tun, um diese Voraussetzung möglichst ein für allemal zu beseitigen.

Müssen wir annehmen, so bleiben uns für die dann folgenden Verhandlungen mit Polen über die gemeinsame Wirtschaftsarbeit sehr starke Positionen. Auf Grund deren können wir vielleicht praktisch mehr für das Deutsch-tum der verlorenen Städte erreichen, als der Völkerbund und der Oberste Rat mit ihren Rechts-sätzen, die Polen in bezug auf Schutz der Schwachen, wie wir vom Arbeiterstand und von den Behandlungen seiner bisherigen nationalen Minderheiten her wissen, immer gern unterschreibt und nie freiwillig hält. Die polnische Presse hat keine Ursache, zu glauben, daß Deutschland sich ein Vergnügen daraus machen wird, den verlorenen Teil Ober-schlesiens und damit auch vor allem die dort wohnenden Deutschen nun wirtschaftlich zu ruinieren. Aber eben so wenig werden wir darauf angewiesen sein, nun etwa schrankenlose Polonisierung jenseits der neuen Reichsgrenze zu dulden. Ueber diese Dinge werden die ersten direkten Verhandlungen rasch Klarheit schaffen, sobald die Voraussetzungen dazu durch endgültige Festlegung der gefallenen Entscheidung geschaffen sind.

Die Alliierten aber werden sich ihrerseits nun wohl oder übel von der deutschen Reichsregierung neue Mitteilungen über die Möglichkeiten der weiteren Wiedergutmachung gefallen lassen müssen. Wir haben an dieser Stelle das sinnlose Geschrei, nun müßte die Wiedergutmachung aufhören, scharf genug geäußert und glauben daher, das Recht nehmen zu dürfen, in dieser Frage nicht mit irgendwelchen deutsch-nationalen oder rechtsdemokratischen Bluff- und Agitationspolitikern verwechselt zu werden. Darum möchten wir unsererseits die Frage erheben, ob nun nicht die Wiedergutmachungs-diskussion deutscherseits auf neue vernünftige Bahnen geschoben werden müßte. Das geht am schlechtesten durch ein großes „Unmöglich“-Geschrei, am besten dadurch, daß die Reichsregierung einen neuen positiven Gesamtplan der Wiedergutmachung unter Berücksichtigung des Wiesbadener Abkommens und der anderen Modifizierungen des Londoner Diktats entwirft und eine gemeinsame Besprechung aller beteiligten Finanz- und Wirtschaftsminister ansetzt. Freilich hätte ein solcher Plan keine Aussicht mehr, wenn ihn nicht ein Kabinett Wirth ohne Nationalisten trägt.

Ein Sachleistungsabkommen auch mit England?

Der „Daily Mail“ zufolge, finden gegenwärtig bedeutungsvolle Besprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung statt. Die Verhandlungen betreffen die Form, in der Deutschland sich seiner Reparationsverpflichtung gegenüber England in diesem Jahre entledigen soll. Wie erinnerlich, schuldet das Deutsche Reich England eine Barleistung in Höhe von 47 Millionen Pfund Sterling. Namens der deutschen Regierung hat Minister Dr. Rathenau in London den Vorschlag unterbreitet, diese Zahlung teilweise durch Sachleistungen abzugelten. Dieser deutsche Vorschlag bildet den Gegenstand der gegenwärtigen deutsch-englischen Besprechungen. „Daily Mail“ bemerkt, daß die

Die Regierungsfrage im Reich.

Die Führer der Regierungsparteien erörterten am Montag nachmittag noch einmal die politische Lage. Es steht fest, daß das Kabinett Wirth keinesfalls vor dem Zusammentritt des Reichstages demissioniert. Die sozialistischen Minister dürfen nach einem Fraktionsbeschluss überhaupt nicht zurücktreten, bis die Fraktion gehört ist. Der Reichstag wird zu entscheiden haben, ob er dem Kabinett Wirth das Vertrauen entzieht, ob er die Fortsetzung der bisherigen Koalition oder ihre Erweiterung wünscht. Die Sozialdemokratische Partei ist mit ihrer Auffassung, daß ein vorzeitiger Rücktritt des Kabinetts vermieden werden muß, wie man sieht, gegenüber den beiden anderen Koalitionsparteien durchgedrungen. Auch aus außenpolitischen Gründen halten wir noch immer eine Stärkung des Kabinetts Wirths für nützlich, denn diese Regierung ist auch heute noch im Auslande eine Potenz, und jedes Kabinett nach Wirth würde eine ungünstigere Stellung haben.

Entgegen anderen Meinungen hat sich das Zentrum nicht gegen das Verbleiben Wirths im Amte ausgesprochen. Das Zentrum drängt aber auf möglichst baldige Verbreiterung der Regierungskoalition. Die Kandidatur des Kölner Oberbürgermeisters Abenauer für den Reichsanstellersposten kann als erledigt betrachtet werden. Er hat im Zentrum selbst eine starke Gegnerschaft. Dasselbe gilt für Siegerwald.

Wie die Entscheidung über die Regierungs-bildung auch fallen möge, gewiß ist, daß die Koalitionsparteien der Meinung bleiben, daß Deutschland seine Verträge erfüllen muß, soweit es in seinen Kräften steht.

An die Verhandlungen der Koalitionsparteien schloß sich eine eingehende Konferenz mit den Führern der Deutschen Volkspartei an. Diese Besprechung blieb wiederum ohne Erfolg. Die Lösung des Finanzproblems bereitet große Hindernisse. Die Volkspartei und andere bürgerliche Parteiführer sprachen sich gegen die Erschließung der Sachwerte aus, konnten aber noch keine weiteren Gegen-vorschläge machen. Die Sozialdemokratie muß aber auf der Klärung dieser Frage bestehen. Am heutigen Dienstag soll eine neue Sitzung stattfinden, in der Vorschläge der Industrie unterbreitet werden sollen.

Polnische Schwertung in der ober-schlesischen Frage.

Warschau, 17. Oktober. (Drahtbericht.) Am Sonntag hat bis in die späten Abendstunden hinein eine Konferenz des Staatschefs Bilsudski mit dem innerhalb des polnischen Kabinetts gebildeten „politischen Komitee“ stattgefunden. Wegen der Finanzfrage mußte das für die Sejm-Sitzung angekündigte Auftreten des Finanzministers Michalski, der neuerdings in das politische Komitee aufgenommen worden ist, abgelehnt werden. Die Verhandlungen galten der ober-schlesischen Frage. Ueber das Ergebnis ist nichts bekannt. Indessen ist es bezeichnend, daß offenbar auf Grund höherer Oris ausgegebenen Direktiven die polnische Presse ihre bisherige Taktik gegenüber der Genfer Entscheidung in auffälliger Weise verändert. Sie hat es aufgegeben, Mehrforderungen in Ober-schlesien anzumelden, und verliert nunmehr, die Grenzfrage sei endgültig erledigt. Sie richtet jetzt ihr Hauptaugenmerk auf das gemeinsame Wirtschaftsregime des geteilten Industriegebietes. Charakteristischweise führt der „Kurjer Poranny“ aus, es läge die Gefahr eines deutschen Boykotts vor. Polen müsse, mit den Großmächten zusammenwirkend, darauf hinstreben, einen Modus vivendi mit Deutschland zu finden. Polen müsse dabei in Rechnung stellen, daß künftig auch gegenüber Deutschland eine größere Harmonie der englischen und französischen Politik zu erwarten sei. Es werde Polens Aufgabe sein, seinerseits darauf hinzuwirken, daß Ober-schlesien keine eiternde Wunde des Kontinents bleibe; die Politik der Regierung müsse entschieden, ruhig und verständlich sein. Sogar der Presse sei es, die Regierungspolitik nicht zu erschweren. Sicherer Informationen nach können diese Auslassungen des „Kurjer Poranny“ als inspiriert gelten.

Aus Königshütte

erging folgendes Telegramm: Königshütte, die größte Stadt Ober-schlesiens, hat zu 75 % deutsch gewählt. Die bisherigen Nachrichten von der beabsichtigten Entscheidung über die Zuteilung von Königshütte hat in der deutschen Bevölkerung größte Entrüstung und Empörung hervorgerufen. Als berufene Vertreter der Bürger-schaft fordern wir eine Entscheidung gemäß ihrem ausgesprochenen Willen und warnen in letzter Stunde davor, die bisher musterhaft ruhige Bevölkerung unserer Arbeiterschaft nicht zur Verzweiflung zu treiben.

Die deutschen Mitglieder des Magistrats und der Stadt-Verordneten-Versammlung von Königshütte.

Berliner Zeitungsstreit.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

100% oder Ortszuschlag?

Von Willy Steinkopf.

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muß folgende geklärt sein: Sind die vorgesehene 5 Ortsklassen überhaupt notwendig, genügen nicht drei, oder wäre es nicht am besten, die Ortsklasseneinteilung überhaupt abzuschaffen? — Der Landesbesitzbund würde mit der gänzlichen Beseitigung sehr zufrieden sein. In Bayern wird er sagen, könnte man bis zum neuen Besoldungsstellen weder Ortsklassen noch Wohnungsgeldzuschlässe, und es ging auch. Zugegeben und doch haben die gesetzgebenden Körperschaften in Bayern, welche die Verhältnisse doch genau kennen und würdigen, jetzt auch die Ortsklassen eingeführt. Und der bayerische Landesbesitzbund dieser Einteilung und der Gewährung des früheren Wohnungsgeldzuschlusses im Reich und in Preußen als geltend anerkannt. Nur mit der Ortszulage ist er unzufrieden, und mit ihm — das kann man seit der bisherigen Entwicklung der Angelegenheit sagen — alle Beamten in den Orten, die nicht zur Ortsklasse A rechnen. Eine große Gegnerin gegen die Ortsklasseneinteilung an sich steht also eigentlich nicht, denn jeder Einsichtige wird zugeben, daß ein Unterschied in der Preisgestaltung der Lebenshaltung zwischen großen und kleinen Orten, Stadt und Land, im allgemeinen nicht zu verkennen ist. Der beste Beweis hierfür sind die Arbeiterlöhne, die ganz erhebliche Schwankungen zwischen teuren und billigen Orten aufweisen.

Die Gründe, welche für die Beibehaltung der 5 Klassen ausschlaggebend waren, sind folgende gewesen. Zunächst hat die Eisenbahnverwaltung erklärt, daß sie mit einer geringen Anzahl Ortsklassen nicht auskommen könne. Ihr ganzes mit den Gewerkschaften vereinbartes Lohnsystem sei auf 5 Ortsklassen aufgebaut. Würden die Lohnunterschiede zwischen Großstadt, Stadt und Land noch geringer gemacht, könne sie ihre Arbeitskräfte vor Abwanderung in die Privatindustrie nicht mehr zurückhalten. Hinzu kam, daß der vorbildlich durchgearbeitete Bundesrat im ganzen 12 Ortsklassen vorzieht, und herabragende Sachverständige und auch die demokratische Reichstagsfraktion die Einführung einer letzten bzw. siebenten Ortsklasse verlangten. Schließlich waren auch die ganzen ungeheuer umfangreichen Vorarbeiten auf eine Einteilung der Orte eingeleitet worden. Ihre Umstellung auf eine Dreiteilung müßte die Entscheidung der Frage außerordentlich verzögern. Und endlich hatten die Eisenbahnorganisationen der Reichstags ihre Zustimmung gegeben.

Wenn nun die fünf Ortsklassen auch beibehalten werden, ist es dann doch nicht erforderlich, daß in teuren Wirtschaftszonen alle fünf Klassen beibehalten werden müssen. Nicht die Lasten der fünf Ortsklassen erzeugt die Unzufriedenheit der Beamten, sondern die unrichtige Einreihung ihrer Dienstorte. Wird hierin Wandel geschaffen, und verschwindet wieder die vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte Stufenleiter der Teuerung und Kinderzuschläge nach Ortsklassen, dann dürfte die ganze Geißelung bis auf die eine grundsätzliche Frage, Wohnungsgeld oder Ortszuschlag, schon erheblich anders aussehen. Nun, die Beseitigung der Stufenleiter der Zuschläge dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Die bevorstehende Regelung der Beamtenbezüge muß und wird sie bringen.

Und wie siehts mit der Einreihung der Orte in die fünf Klassen? Offen gestanden, eine schwierige Aufgabe ist selten zu lösen gewesen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es an wirklich zuverlässigen Grund-

lagen über die Lebensverhältnisse fehlt. Nur alle möglichen und unmöglichen Erhebungen hatte man früher Zeit und Geld übrig, nur nicht zur Beschaffung der notwendigen und fundamentalen Unterlagen. Die jetzt vorliegenden Indizes sind — Ich will nicht sagen, daß sie ohne Wert sind. Sie mögen auch nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt worden sein, wenn ich auch keinen Schwur auf sie ablegen möchte. Eine wirklich zuverlässige Unterlage zur Einreihung der Orte bieten sie aber nicht. Dazu sind sie viel zu unvollständig und die Momente, welche sie ihre Einreihung verdanken, zu verschieden und eigenartig. Wollte man lediglich nach ihnen die Einweisung vornehmen, würde man zu den schlimmsten Ungerechtigkeiten kommen und auf unzählige Widersprüche stoßen. Deshalb ist hier zum erstenmal ausgesprochen, was klar auf der Hand liegt und jedem Beteiligten auch bekannt geworden ist, was offen auszusprechen, man sich erlaubt hat. Nämlich, daß in Ermangelung einwandfreier Unterlagen die Einreihung der Orte bei gewissenhafter Berücksichtigung des vorliegenden Materials zu einem großen Teil nicht anders als gefühlsmäßig erfolgen kann. Es ist selbstverständlich, daß dies kein befriedigendes Ergebnis zutage fördern wird. Jedoch „kann jemand“ einen anderen Weg zeigen? — Es erübrigt sich nur, daß man, weil eine andere Möglichkeit nicht gegeben ist, bei der Einreihung so tolerant ist, wie es sich irgend vertreten läßt, und lieber etwas mehr als zu wenig tut.

Mit aus diesem Grunde läßt sich auch der Ortszuschlag nicht mehr aufrechterhalten. Er hat die zu hohen Spannungen zwischen den Verfügen der Beamten in den einzelnen Ortsklassen herbeigeführt, die bei Pensionierungen ins Unerträgliche wuchsen. Man hat ihn in der Reichstagsversammlung beschlossen, um einen alten, unter Realien Verhältnissen gestellten Wunsch der Beamenschaft zu erfüllen. Es wurde dabei mit der baldigen Wiederkehr solcher Verhältnisse gerechnet, welche die Voraussetzung für die Durchführung des Ortszuschlages sind. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen, und man darf nun nicht ärgern, den Fehler auszumergen. Natürlich kann dies erst nach erfolgter Einreihung der Orte und bei Gelegenheit der bevorstehenden Neuregelung des Grundgebühres geschehen, schon um die Nachzahlung des Ortszuschlages nicht zu gefährden. Man wird, wohl oder übel, wenn auch nicht um Wohnungsgeld zu tun, so doch um Wohnungsgeld streiten müssen, wobei die mit einem Wohnen in der Großstadt verbundenen unermesslichen Ausgaben berücksichtigt werden müssen. Ein Fortschritt dieser Regelung ist ferner, daß dieses Wohnungsgeld, zu dem mit Sicherheit zu erwartenden Aufschlag der Mietpreise leichter angepaßt werden kann. Als Grundlage zur Berechnung des Wohnungsgeldes wird man, wie es bei der Bemessung des Ortszuschlages geschehen ist, Gebühlsätze — nicht etwa Besoldungsgruppen — nehmen müssen. Und zwar wird man jedem Beamten bis zu einer bestimmten Gehaltsstufe ohne Rücksicht darauf, welcher Gruppe er angehört, den Wert einer bestimmten Normalwohnung zu vermaßen haben. Das Wohnbedürfnis infolge Familienwachstums an Kindern muß in Rücksicht auf ausgleichend werden. Ebenso wird etwas abgezogen werden müssen, um einen Ausgleich zu finden, welche die hartenden Mieten in neugebauten Häusern zahlen müssen.

Wenn der Schein nicht trügt, dürfte sich unter den heutigen Verhältnissen der Gedanke des Wohnungsgeldes in dieser Form bald durchgesetzt haben, sodaß auch diese Frage einer einmütigen zufriedenstellenden Lösung entgegensteht.

Die Berliner Gemeindevorwahlen.

Nach den vorläufigen Berechnungen der städtischen Wahlkommission sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1672513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845773 und auf die drei sozialistischen Parteien 826740 Stimmen entfielen. Diese Zahlen sind errechnet worden, nachdem noch gestern Abend die einzelnen Ergebnisse von Stunde zu Stunde durch Berücksichtigung und Ergänzungen geändert worden waren. Der Wahlquotient ist 7433. Im einzelnen entfielen auf die SPD 343686, auf die USPD 323085, auf die KPD 159970 Stimmen, während auf die Deutschnationale Volkspartei 238988, auf die Deutsche Volkspartei 201728, auf die Deutschdemokratische Partei 122917, auf das Zentrum 61939, auf die Wirtschaftspartei 84370, auf die Deutsch-sozialistische Partei 1183, auf die deutschnationale Arbeiterpartei 5978, auf den Ordnungsbund 9076 und auf die freie Vereinigung 9483 Stimmen entfielen. Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen, auch nur in gleicher Stärke mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einziehen. Jetzt schon eine genaue Stärke anzugeben, wäre verfrüht, da erst noch die Sitzungen des Kreismehrheitsschusses am 20., 22. und 25. d. Mts. abgemartet werden müssen.

Die Mandatsverteilung.

(Drahtbericht anderer Berliner Blätter.)

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis der Berliner Stadtverordneten-Wahlen werden die Unabhängigen von ihren 63 bisher innegehabten Sitzen 20 verlieren und nur 43 behalten. Die Sozialdemokratie gewinnt 8 Sitze und wird fünfzigst mit 67 Vertretern im Stadtparlament vertreten sein. Die Kommunisten erhalten 21 Sitze, die Demokraten 17, statt bisher 16, die Deutsche Volkspartei 15, statt bisher 19, die Deutschnationale 41, statt bisher 27, die Wirtschaftspartei 11, statt bisher 10, das Zentrum seine bisherigen 8 Sitze, die Deutschsozialen entsenden fünfzigst in das Stadtparlament, der mit den Kommunisten in jeder Hinsicht einigige Gemeindevorstand über wird.

Die Berliner „Freiheit“ schreibt heute anlässlich des amtlichen Stadtverordneten-Wahlergebnisses u. a. folgendes: „Die Frage erhebt sich: Wo sind die verlorenen Stimmen geblieben? Zu einem großen Teil sind sie an die Partei der Nichtwähler verloren gegangen. Die Wahlbeteiligung war insbesondere auch in den Arbeiterbezirken sehr gering. Das ist ein böses Zeichen... Ein Teil der Arbeiter, und zwar solche, die früher für die sozialistischen Parteien gestimmt hatten, ging jetzt nicht an die Urne und blieb indifferent und erleichterte dem Bürgerium den Sieg. Aber wir fürchten, daß mancher Arbeiter dem Klassengegner nicht nur diesen Hellschinder leistet. Das starke Wachstum der bürgerlichen Partei, das rasche Anwachsen namentlich der Deutschnationalen läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß manche Arbeiterstimmen auch für die Bürgerlichen abgegeben worden sind.“

Wie das Begnadigungsrecht des Reichspräsidenten angewandt wird.

Die Rechtzahl der außerordentlichen Gerichtsurteile im Gnadenwege geändert.

Dem Reichstag ist die durch seine Entschließung vom 25. Februar gemündete Statistik über das Ergebnis der Prüfung von Gnadengesuchen für die Zuständigkeit des Reiches gegeben. In dem Maße, wie die Zuständigkeit des Reiches gegeben ist, wurde im Rechnungsjahr 1920 über insgesamt 6000 Gnadengesuche entschieden. Davon betrafen 4113 Fälle Urteile militärischer Gerichte und 1877 Urteile ziviler Gerichte, das Reichsgericht und außerordentliche Gerichte. Von den ersteren wurden in 2528 Fällen Gnadenbewerfe (Strafverbot, bedingter Strafverbot, Kürzung der Strafdauer, Umwandlung in mildere Strafen und Wegfall der Nebenstrafen) ausgesprochen. In 1587 Fällen erfolgte eine Ablehnung der Gnadengesuche. Von den 1877 Fällen der bürgerlichen Gerichte betrafen 30 Urteile das Reichsgericht, davon wurden 9 durch Gnadenbewerfe und 21 durch Ablehnung erledigt. 1947 Gnadenbewerfe auf Urteile der außerordentlichen Gerichte. In 290 dieser Fälle wurde ein Gnadenbeweis abgelehnt, in 963 ein Gnadenbeweis ausgesprochen. 694 Fälle erledigten sich durch das Amnestiegesetz vom 4. August 1920.

Die nächste Sitzung des Reichstages

ist für den 20. Oktober in Aussicht genommen. Die Mitglieder des Reichstages werden gebeten, sich an diesem Tage in Berlin einzufinden. Der Zeitpunkt des Beginns der Plenarsitzung wird noch bekanntgegeben werden. Donnerstag finden ferner eine Sitzung des Reichstages und Sitzungen verschiedener Kommissionen statt.

100% Roman eines Patrioten.

Von Fritz Gerlach.

Amerikanisches Copyright by Wolff-Verlag, Berlin-Galant.

15) (Katholik erzählt.)

„Er wollte doch von Ihnen eine Information erhalten“, begann Mr. Givney. „Sind Sie für einen Gnadenbewerber? Sie können es ihm nicht dulden. Kennen Sie mich den Spion, und ich werde dafür sorgen, daß Sie das Geld erhalten.“

„Das ist ein sehr seltsamer Mann“, sagte Peter. „Ich habe ihn noch nie gesehen, und ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Ich habe ihn noch nie gesehen“, sagte Peter. „Ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Das ist ein sehr seltsamer Mann“, sagte Peter. „Ich habe ihn noch nie gesehen, und ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Ich habe ihn noch nie gesehen“, sagte Peter. „Ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Das ist ein sehr seltsamer Mann“, sagte Peter. „Ich habe ihn noch nie gesehen, und ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Ich habe ihn noch nie gesehen“, sagte Peter. „Ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Das ist ein sehr seltsamer Mann“, sagte Peter. „Ich habe ihn noch nie gesehen, und ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Ich habe ihn noch nie gesehen“, sagte Peter. „Ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Das ist ein sehr seltsamer Mann“, sagte Peter. „Ich habe ihn noch nie gesehen, und ich habe keine Ahnung, was er will.“

„Ich habe ihn noch nie gesehen“, sagte Peter. „Ich habe keine Ahnung, was er will.“

Der Dollar

Sprang gestern an einem einzigen Tage nach der amtlichen Notierung um volle 35 Mark in die Höhe. Man zahlte für dieses Geld, das vor dem Kriege 5,20 Mark kostete, nach der amtlichen Kursfeststellung 184,81 Mark, im freien Verkehr, jedoch wurden selbst 195 Mark für einen Dollar gezahlt.

Der Ausverkauf im besetzten Gebiet.

Je tiefer die Mark sinkt, desto höher steigt die Ueberschweimmung des besetzten Gebietes mit Luxusgütern, die alles Erdenschöne aufkaufen. Köln, Aachen, Koblenz, Trier und alle anderen nennenswerten Orte der Rheinlande, haben auf ihren Straßen und in ihren Geschäftshäusern ein baulustiges Speichergewirr.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben!

(Drahtbericht uneres Berliner Blattes.)

Der wirtschaftspolitische Ausschuss und der Ausfuhrabgabenausschuss des vorläufigen Reichsministerkabinetts hat dem Antrag der Reichsregierung, die Ausfuhrabgaben durchschnitlich um 4 Prozent zu erhöhen, mit weitestgehenden Änderungen zugestimmt.

Es wäre dringend zu fordern, beschleunigt einen erheblich größeren Teil der Ausfuhrerlöse dem vom Wirtschaftskammerpräsidenten beherrschten Ausschuss für die Ausfuhrabgabenerhebung zuzuführen.

Wer schloß auf Stresemann?

Zwei Voraussetzungen.

Wie die Berliner Blätter erfahren, sind die Taten, die das Verhalten auf Stresemann nach seiner Rede auf dem Lübecker Parteitag der Deutschen Volkspartei verurteilt hatten, verhandelt worden.

Nationalistische Ausbeutung der ober-schlesischen Frage.

Aus München wird gemeldet: Der vergangene Sonntag hat wieder einmal bewiesen, daß in den Stunden höchsten nationalen Not ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den rechtsgerichteten Parteien in Bayern einfach unmöglich ist.

Dr. Arnold Ruge.

In der 'Reichsdeutschen Korrespondenz' des Freischaub. u. Resoprechtling (München) lesen wir:

Wenn einmal volle Klarheit über die Geheimorganisationsbestrebungen zu wird man vermuthlich die Erfahrung machen, welche mörderische oder gleichgültige Mitglieder ihr angedeihen.

leidungsprozess, den er einmal vor langen Jahren mit seiner Mutter gehabt hat. Er wurde in zweiter Instanz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Er hat in seinem Leben einen glücklichen Stern gehabt und dieser Stern hieß Wilhelm Windelband. Das war kein Lehrer und Professor. Durch ihn ist es zum akademischen Lehramt gekommen.

Später hatte er's mit Ludwig Frank zu tun bekommen. Der hatte keinen Jörn herausgefunden, weil keine Vorzüge stets ein beachtliches Auditorium erzielt.

Ludwig Frank ist in Baccarat gefallen. Ruge blieb am Leben. Er begabte sich während des Krieges für den Heidentobts Anderer, er begabte sich dafür mit ungeschöner Heißigkeit im ganzen Bestreben des 14. A. R.

Seine militärische Karriere hat mit dem Beamtenkollektortreter geendet. Willenskräftig ist keine Leistung mit der Abfassung eines Wortes von einer wertvollen philosophischen Zeitschrift 'Enzyclopedia' abgeschlossen.

Die Deutsche Volkspartei wird ihren Parteitag, der zu Beginn der nächsten Woche in Stuttgart stattfinden sollte, infolge der ungeklärten politischen Lage wahrscheinlich verschieben.

Gewerkschaftsbewegung.

Um die Lehrlingslöhne

in den Kreisen Gühran, Steinau, Wohlau.

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirksverein Steinau an der Oder, sowie der Zentralverband der Zimmerer hatten die Arbeitgeber der Kreise Gühran, Steinau, Wohlau, zu einer Verhandlung wegen Regelung der Lehrlingslöhne vor dem Schlichtungsausschuss Wohlau laden lassen.

Mit allerhand Zusätzen und Material, das sich die Herren Arbeitgeber bei der Handwerkskammer und vor weih, sonst wober beschaffen hatten, polemisierten sie, daß die Organisationen kein Recht hätten, über Festsetzung der Lehrlingslöhne mit zu bestimmen.

Herr Lindner ist ein sehr gerechter, strenger Herr. Sein Goldbeutel ist durch den erzielten Gewinn der Arbeiterschaft gemiß rechtid und fett geworden, und man sollte meinen, daß Herr Lindner als gutachterter Oberinnungsmeister wirklich in der Lage wäre, den unter seinen klugehenden Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen in der Bezahlung der Lehrlinge.

Welchen Kreisen im Bauhandwerk die Lehrlinge entkommen, dürfte der Öffentlichkeit bekannt sein. Daß bei den erbärmlichen Löhnen die Eltern, die auf die Mittellose ihrer Kinder gerechnet haben, nicht auf ihre Kosten kommen, ist begreiflich.

Ein Kollege von Herrn Lindner aus Steinau, befragt zum Vorfrühenden, was er den Lehrlingen zahle, gab an, im ersten Jahre 140, im zweiten 210 und im dritten Lehrjahre 320 Mk. zu zahlen.

Ja, Herr Lindner, es gibt eben neben Ihnen noch sozialdenkende Arbeitgeber, die sich weniger um ihren veralteten Lohnabschluss kümmern, und die von den Verbänden geforderten 25 Prozent des Gehaltelohnes im ersten, 35 Prozent im zweiten und 55 Prozent im dritten Lehrjahre zahlen.

Gesellenaushebungsmittel, die seinerzeit wahrheitsgemäß dazu bestimmt waren. Wir werden uns deswegen beschwerend an die berufenen Instanzen wenden, damit der Oberinnungsmeister, der sonst ja alle Paragraphen des Gesetzes kennen will, erfährt, wie er die Rechte anderer zu achten hat.

Eine weitere Lohnklage, die vom Bauarbeiterverband gegen Herrn Lindner im Obergericht, wird durch das obersten Obergericht Wohlau von Termin zu Termin vertagt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Herr v. Delfen der Mutige!

Anlässlich eines Tanzkonzerts in Zischkowitz am 3. Oktober d. Js. bei dem Gastwirt Schnalle, beschäftigte sich im Lokale der Adertutscher Paul Fijner mit Kartenspielen.

Unterwegs wurde er von diesem Feldhen, der ihm gefolgt ist, überfallen und mit dem Gewehr vor die Brust geschlagen, Fijner hatte die Geistesgegenwart und entlich um das Gewehr, ging nach Hause und legte sich schlafen.

Diese Koseit, ausgeführt von angeblich gebliebenen Menschen, spielte sich um 12 1/2 Uhr nachts ab. Herr v. Delfen hat hier so selten ganzen Mut bewiesen. Hatten Sie ebensowiel Mut die acht Tage, wo Sie im Schlingensaden waren?

Aus der Provinz Schlesien.

Die Siedlung.

Das von der Schlesischen Landgesellschaft m. B. H. Breslau, dem provinziellen Siedlungsunternehmen für Schlessen, auf der früheren Staatsdomäne Karlsmarkt mit dem Vorwerk Kauen, Kreis Brieg, begonnene Siedlungswerk geht jetzt seiner Vollendung entgegen.

Die Landgesellschaft hat aus der Domäne zunächst den recht umfangreichen Land- und Wiesendarm der Kleinsiedler (Anleger) aus den Gemeinden Karlsmarkt mit Wilmshöhe und Karberg, Alt-Rölln, Karlsburg, Althammer, Saden, Kauen, Larnow und Raschwitz mit über 1100 Morgen bestellbar.

Ein großer Teil dieser Kleinsiedlungen ist bereits gestellt oder im Bau begriffen. Im Frühjahr wird die Arbeit weiter forgesetzt werden.

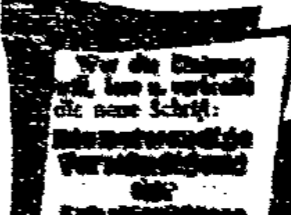
Wasserstand

am 18. Oktober 1921.

Table with 3 columns: Station name (Kaffbor, Krappitz, Bries (Mittelstrom), Rottwitz, Neisse (Ober-Bege), Dafferswarme), Water level (0.66, 2.15, 1.32, 1.21, 2.90), and Gauge level (Neisse (Unter-Bege) 1.42, Breslau (Ober-Bege) 4.06, (Unter-Bege) 4.86, Trechow 0.86, Weßelitz 0.20).

Unsere Spezialität! Stube und Küche von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung sowie Möbel

! Frauen ! Wenden Sie sich sofort bei Kranz, monatl. EStörungen nur an mich, Langjährige Erfahrung, Günstige Erfolge etc.



SCHAUBURG
VIKTORIA-THEATER

Das Kopfzerbrechen u. große Rätselraten von Breslau!

DK

Varietéschau: Die große amerikanische Sensation!
Das Zersägen einer Dame vor dem Publikum!
Keine Illusion! — Kein Spiegeltick!

Varietéschau: Das große Rätsel „Colon“
Der Mann, den niemand „heben“ kann
Alle starken Männer sollen sich melden.

Filmschau: 2 Erstaufrührungen!

Heute früh verschied nach langem, schweren Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, der Kaufmann und Prokurist

Herr Paul Kneifel

Wir beklagen in ihm einen Mann von seltenem Charakter und vorbildlicher Kollegialität.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Breslau, den 17. Oktober 1921.

Die Arbeitnehmerschaft der Firma Amand Kliegel.
Der Betriebsrat.
R. Malschessi A. Kaluza.

Bereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Karsan.
Lobe-Theater, Thalia-Theater.
Dienstag, den 18. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:
Bühnenmischband
„Ariemildes Rahe“.
„Er und seine Schwester“.

Stadt-Theater.
Dienstag 7 Uhr:
Lohengrin.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Sommers Erntedankfest.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Die Lohengrin.

Schauspielhaus.
Sperrenstraße, Tel. Ring 2545.
Dienstag u. Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Das Hollandweibchen.
Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag 7 1/2 Uhr:
Schauspiel Elise Kneipel aus der Staatsoper Berlin
Der Spernball.
Sonntag nachm. 6 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.

Reigen
von Arthur Schnitzler
Vorwerk: Musikalienhandl. Hülsmann, Scheidestr. 10. Zigarren-Geschäft Kulas & Co., Talentierplatz 10 und a. d. Theaterkasse von 7 Uhr abends.

Ausmeriden
Kauf! Verkauf! Höchstes Belohnung für höchste Leistung! Werfen! Jeder hat Wertes! Werfen! Jeder hat Wertes! Werfen! Jeder hat Wertes!



Urbin
del seh' ick jetzt ganz klar,
Putzt doch die Stiebel wunderbar.

In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg
Fabrikniederlage Alfred Jäger, Breslau,
Friedrich-Wilhelmstr. 30, Fernspr. Ring 3793.

Am 16. Oktober verschied nach längerem Leiden unser Freund und Genosse, der Buchdruckerscheibler

Karl Neumann
im Alter von 54 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 16 (Oberlin) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Fohlaner Friedhofs (11 000 Jungfrauen). Trauerhaus: Mählgasse 60.

Von Dienstag, den 12. ab habe ich wieder
S.-R. Kollecki
Erststr. 8.

Achtung! Achtung!
Fabrikmaurer!
Dienstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr
im Zimmer 78 des Gewerkschaftshauses:
Bersammlung
familiärer in Fabrikbetrieben im Gewerkschaftsbezirk u. Schornsteinbau beschäftigten Maurer.
Tagesordnung: 1. Die Stellung des Maurers in der Fabrik und im Schornsteinbau. — 2. Die Frage der Schornsteinreinigung.

Deutscher Bauarbeiterverband
Bezirksverein Breslau.

Deutscher Bauarbeiter-Verein
Bezirks-Verein Breslau.

Zachgruppe der Maurer.
Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
im Lokal von Rupprecht, Wlterstr. 58:
Bersammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl des Vorsitzenden.
2. Wahl eines Stellvertretenden.
3. Bericht über die Tätigkeit der Gruppe.

Prima
holsteinisches
KSV Weißkraut
vom 15. Oktober ab in allen unseren städtischen Verkaufsstellen erhältlich.

Jasmin
8 Tagen verschwindet
Jasmin
Spezial- und Parfümerien.

Alte Schallplatten
mit geschliffenen, leicht zu spielenden Oberflächen und reichem Klang
Wagnerhaus Metzger, Breslau
Friedrich-Wilhelm-Str. 30.

Ich bin der Doktor
YPS
und sage Ihnen:
Schmerzmittel
schmerzlos u. gesund dabei
erhalten Sie mit

Solidento
die
Kombella-Zahnpasta
Köstlicher Geschmack! Mundgeruch verschwindet!
Es gibt nichts Besseres und so billig dabei! Tube 2.00 u. 3.60.
In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien u. Friseurgeschäften.



Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Circus Busch
täglich 7 1/2, Sonntag nach 3 Uhr
Tosender Beifall
erhält bei den Sensationen
in der Manege-Schau
Ueber'n großen Teich
Vorverkauf Baracke und Circuskasse.

Leihweise elegante
Grad- und Rod- Anzüge.
H. Mohaupt,
Karlstr. 1, I. Tel. R. 1201
früher Albrechtstr.

Zu kaufen gel.
Ankauf
von
Gold u. Silber
aller Art zu höchsten Preisen.
Wandel-Straße, Trebnitzstr. 21.

Frauen
und Mädchen keine Sorge bei
Menstruations- und Schwangerschafts-
Monatsregel
Keine tierischen Bestandteile
garantiert unbedenklich
Menstruationspräparate
bringen rasch besten Erfolg
ohne Berufsstörung
Schreiben Sie mit sofort.
Reinigungs-, Spülmittel,
Seifen, Toiletten, Spülmittel,
Saugeräte, samt hygienische
Gebrauchsgegenstände empfiehlt

Zum Verkauf
Kronleuchter u. Grammophon
mit Platten verkauft (7553)
Wilsbergstr. Schulstraße 11, II. Etg.

Arbeitsmarkt
Tüchtiger, jüngerer
Expedit und Lagerist
aus der Manufakturwarenbranche wird zum mög-
lichst baldigen Eintritt gesucht.
Angebote mit Referenzen und Gehaltsan-
sprüchen an
Leinenhaus Bieschowsky
Nicolaistraße 74.

Rübiger, Breslau
Kriegstr. 146 III
Säße 5422107
Besuch der Kaserne.

Schneidergefallen und Mädchen
zur Maschine
auf Raglans und Jacketts, I. und II. Kost, sucht
Bosacki, Enderstraße 1, II.

„Cifka“
mit
„Cifka“
„Cifka“

Tüchtige
Schneidermeister
auf Jacketts, West, Raglans sofort gesucht
bei
Franz Bilek
Spezialhaus für Herren- u. Knaben Garderobe
Friedrich-Wilhelmstr. 105.

Schneider
auf Raglans,
Jacketts u. Jacketts,
I und II, Kost,
sowie auf Joppen,
nur dauernde Be-
schäftigung sucht
Nathan Levy,
Breslau
Kriegstr. 146 III.

Hofen-Küchinnen
auf gute Lager werden für
bei
Hoberg,
Clamowitzstraße 51.

Lehrmädchen
sucht Frau Alexander
Theaterstr. 2, Koch, Enderstr.
„Der wahre Jakob“
Heft 80 Pfennig.

Backpulver
die allgemein beliebten

Alles jubelt über Henry Bender

Persönliches Gastspiel der Berliner Operett-Gesellschaft.



Schwandlitzstr. 37.

Trick-Track

Stürmische Lachsalven begleiten die tollen übermütigen Pikanterien!

Prof. Steinachs Verjüngungskur

Fesselnde Melodien. Gesangsquartette. Berliner Gassenhauer. Moderne Tänze.

Benny Gorten

Ein zu Herzen gehendes Meisterwerk in dem die herrlichen, trotzigigen Berge den Hintergrund für ein Spiel trotziger Herzen bilden und eine ergreifende Wirkung auslösen!

Die Claudi vom Geiserhof

Ein Glanzprogramm! Prickelnder Humor! Die tolle Lustspielwoche

4 Schlager zum Tolllachen!

Lublitsch

im Lustspiel-Sketch: **Die Firma behaltet** Das Tollste vom Tollsten.

Junkermann

Deutschlands bester Humorist im besten Lustspiel: **Fritzi's toller Einfall**

Amerikas Humor! **Bluff und Bankrott** Etwas neues für Deutschland!



Paul Heidemann im pikanten Lustspiel **Haben Sie was gemerkt?**



Nikolaistraße 27

3 Erstaufführungen!

Taschendiebe



Eine Warnung!

Mit Unterstützung der Berliner Kriminalpolizei

? Kommunalisierung der Brieftaschen?

Der Kinobesucher verlangt Abwechslung **Hier ist sie!**

Niemand versäume das interessanteste Filmwerk dieses Jahres.

Der schwarze Bill Sensationsfilm aus Wild West — 4 Akte

Nobody IV. Teil:

Das japanische Rätsel

Preisfrage: Wer ist der Mörder? Für die richtige Beantwortung dieser Frage sind Mk. 60.000.— an Preisen ausgesetzt. — Hauptgewinn Mk. 50.000.—. Sehen Sie sich diesen Film an, kaufen Sie das Nobody-Journal und versuchen Sie Ihr Glück — aber besuchen Sie möglichst schon die Nachmittags-Vorstellungen.

Anfang 4 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Einlaß 1/2 Stunde vorher.

Ringkämpfe

Strehlener Tor **Luna-Säle** Eröffnet am 5. März. Neue Dichtung: Erbkamer, Lehmann, Reiter, Uster. Kell. Döber. Carl. Eise. 2 Abende. Johann. Uster. Kell. Döber. 7545. Laib. Eise. Weiser. Eise. Das neue gr. Variete. Auf. 7 1/2. Kämpfe 8.

Spoli Lichtspiele

Neudorfstr. 35. Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.

Hannerl und ihre Liebhaber

Wie sich das Leben

Der verschwundene Graf

17513. Die schwarze Hand. 5 Akte.

In falscher Behandlung

17513. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Kaiser Wilhelm Theater

Carlstraße 11. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Irrende Seelen

17513. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Der Idiot

17513. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Mein Schläger! Rompl. Speisezimmer

17513. Die schwarze Hand. 5 Akte.

3250.- Otto Brandt

17513. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Reigen-Gastspiel in der Schauburg, Viktoria-Theater

Die vor längerer Zeit geplante Reigen-Aufführung der »Leipziger-Kammerspiele«, Direktor A. Tuerschmann ist vom **Ministerium freigegeben** und findet demnächst statt.

Die zurzeit »provinziale« Reigen-Aufführung in Kriern, welche das bis gestern bestandene Polizei-Verbot auszunutzen versuchte, hat mit dem für Breslau vom Verlag genehmigten Reigen-Gastspiel nichts zu tun.

Lichtspielhaus

Junkernstr. 35. zentraler Schwandlitz Straße u. Christophstr.

Nur noch bis Donnerstag: **3** Erst-Aufführungen

Der lebende Propeller

Ein außergewöhnlich gewaltiger **Zirkusfilm** in 8 Reisesakten mit **Lee Parry** der preisgekrönten Schönheit als **Braut des Athleten**

Zwei Herzen, ein Schlag

Ein tolles Lustspiel in 2 Akten **Man lacht Tränen**

Nobody

Ein toller Abend im Atlantic-Variete

Nur 3 Tage!

Ein fabelhaft wichtiger Spielplan:

1. Die Katastrophe eines untergeschobenen Kindes

6 Akte. Die schwarze Hand. 5 Akte.

2. Die Rollenmaschine

6 Akte. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Harry Hill

6 Akte. Die schwarze Hand. 5 Akte.

Judler Lichtspiele

Westendstraße 50/52. Der heilige Stand der Ehe!

Der heilige Stand der Ehe!

Der heilige Stand der Ehe!

Der heilige Stand der Ehe!

Der heilige Stand der Ehe!

Der heilige Stand der Ehe!

Der heilige Stand der Ehe!

Möbel

Karsunky & Co.

Elegante Ulster, Raglans, Schillpfer und Anzüge

Albrechtstraße 41 (Kein Laden).

Bitte bei allen Einkäufen stets die Unterseiten unserer Zeitung zu betrachten.

Oderitor-Apollo

Wankstr. 53/55. Adalbertstr. 8. Lichtspiele.

Lichtspiele.

Lichtspiele.

Lady Godiva

rettet nachts durch die Stadt. Das große Kräftepaar wegen verlagert!

Die Katastrophe eines Volkes.

Die Katastrophe eines Volkes.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Unterseiten unserer Zeitung zu betrachten.